

N i e d e r s c h r i f t

HFA/048/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 08.09.2009**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
-------------------	-----------------------	--------------

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Anwesend ab TOP 2, 17:03 Uhr
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Vertretung für Frau Marianne Helmes
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Michael Reiske
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Vertretung für Herrn Raphael Bögge

Gäste:

Frau Esters-Gardeweg		zu TOP 4
Herr Dr. Manfred Janssen		Geschäftsführer der EWG
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Reinhold Künstler	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Bürgermeisterin
------------------------------	-----	-----------------

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Herr Ortel eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung am 16. Juni 2009

00:00:25

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 16. Juni 2009 gefassten Beschlüsse

00:00:53

Herr Ortel berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

00:01:30

Es liegen keine Informationen vor.

**4. Jahresbericht 2008 der Verbraucherzentrale Nordrhein- Westfalen -Beratungsstelle Rheine-
Vorlage: 244 / 09**

00:01:40

Frau Esters-Gardeweg erläutert anhand folgender Präsentation den Jahresbericht 2008 der Verbraucherzentrale NRW – Beratungsstelle Rheine.

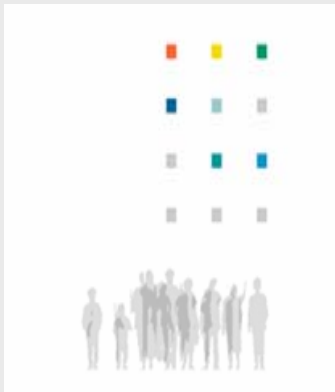
Jahresbericht Verbraucherzentrale in Rheine

HFA 08.09.09

verbraucherzentrale *Nordrhein-Westfalen*

verbraucherzentrale *Nordrhein-Westfalen*

Situation der Verbraucher



- Gesellschaft und Wirtschaft im Wandel
- Einkommensrückgänge durch sich verschärfende Wirtschaftskrise
- Intransparenz von Angeboten zur Daseinsvorsorge und Grundversorgung

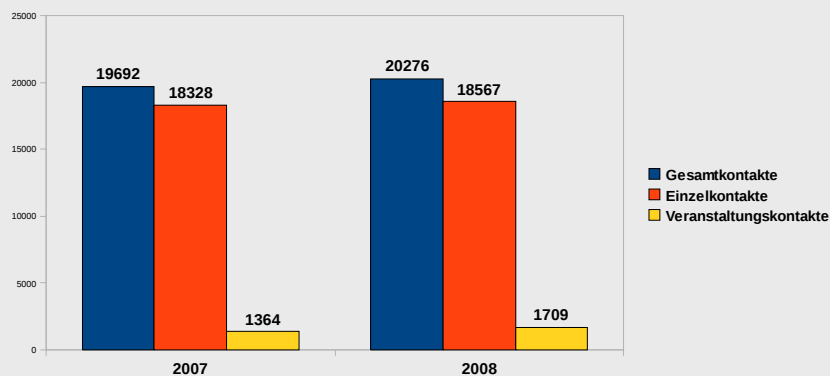
Erwartungen der Verbraucher



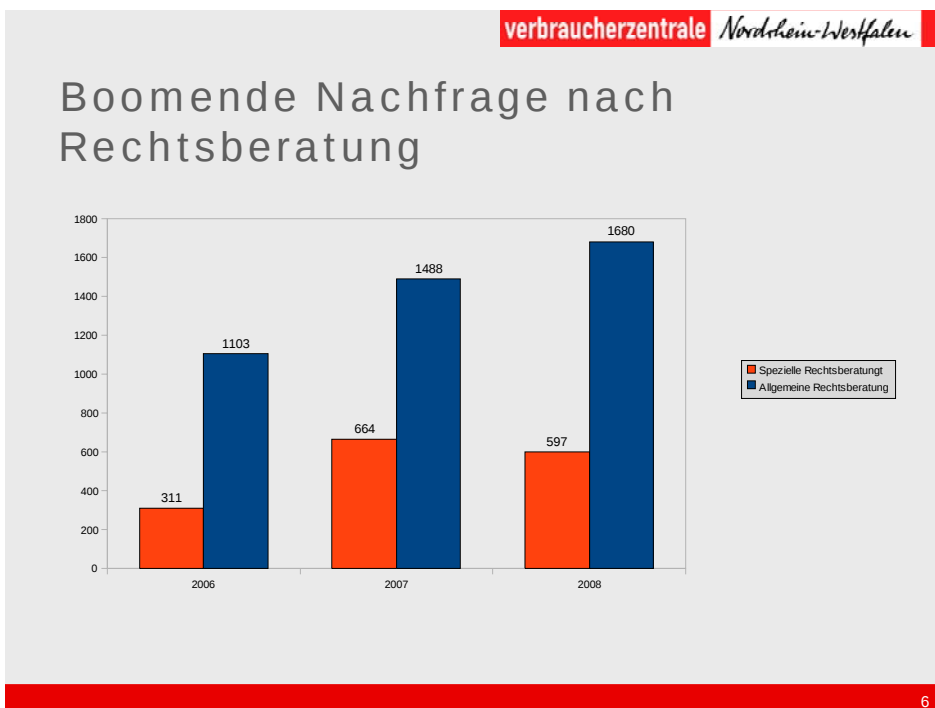
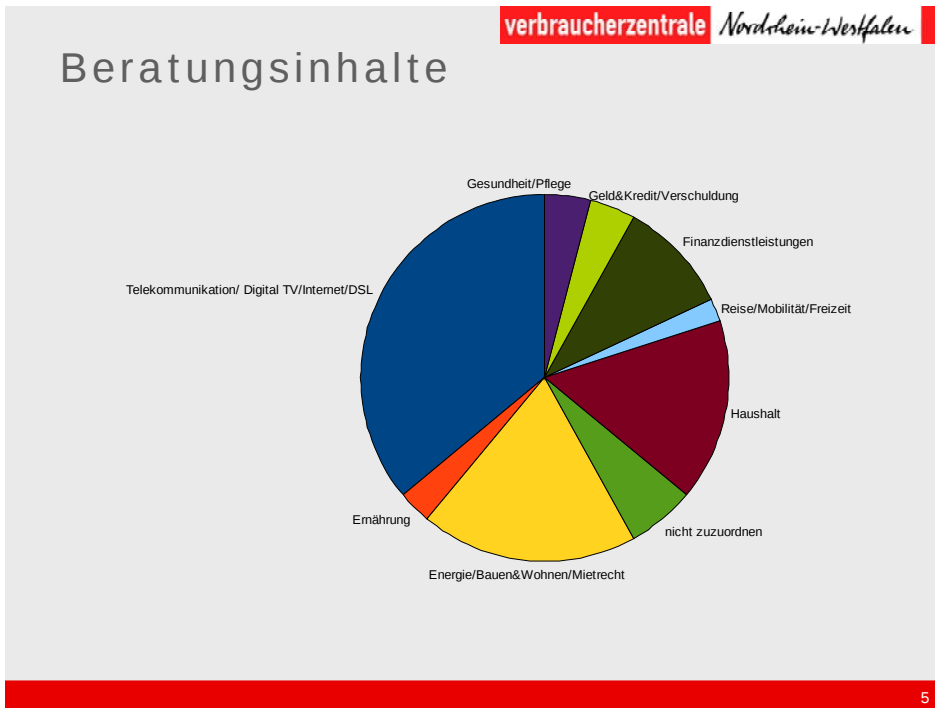
- Fragestellungen werden komplexer.
- Alle Bevölkerungsschichten sind betroffen.
- Beratungsbedarf steigt.

3

Beratungsnachfrage auf hohem Niveau



4



Zugang zum Recht immer schwieriger!



- Hilfe zur Selbsthilfe reicht nicht mehr aus.
- Telekommunikationsbranche nimmt Verbraucherbeschwerden nicht ernst.
- Erst nach Einschalten der Verbraucherzentrale werden Probleme angegangen.
- Rechtsvertretungen zu 95 % erfolgreich

7

Ärger ohne Ende: Digital-TV, Internetfallen, DSL



- Probleme bei der Installation und beim Wechsel von DSL-Anbietern
- Ärger mit Rechnungen für untergeschobene Internet-Abos
- Verdruss über dubiose Kundenwerbung des Kabelanbieters

8

Dauerbrenner: Steigende Energiepreise



- Fragen zu Anbieterwechsel, Preisanhebungen und Preisgarantien
- Überprüfung von Nebenkostenabrechnungen
- Energiesparen
- Einkommensschwache Haushalte: Versorgungssicherheit gefährdet

9

Finanzmarktkrise ist Vertrauenskrise



- Neu: Rechtsbesorgung bei Falschberatung am Bankschalter
- Vertretung von 10 Lehman-Brother-Geschädigten - durchschnittliche Anlagesumme 22.000 EUR

10

Konto leer durch Datenklau



- Gewinnspielwerbung
- Ungezügelter Datenhandel
- Moderne Bankräuber: Unzulässige Abbuchungen

11

Blick in die Zukunft



- 30 Jahre Verbraucherzentrale in Rheine
- Präventionsarbeit mit Schulen: Umgang mit Geld
- Hilfestellung bei den Belastungen durch sinkende Einkommen in vielen Haushalten

12

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
und
für die Unterstützung unserer Arbeit
im vergangenen Jahr.

Haben Sie Fragen?

13

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2008 der Verbraucherzentrale Nordrhein- Westfalen –Beratungsstelle Rheine- zur Kenntnis.

5. Prüfung eines Alkoholverbotes auf öffentlichen Plätzen / Wegen in Rheine
Vorlage: 381 / 09

00:30:55

Herr Kuhlmann erläutert ausführlich die Vorlage und macht die juristische Problematik eines Alkoholverbotes auf öffentlichen Plätzen und Wegen deutlich. Er bezweifelt, dass mit einem behördlich verordneten Alkoholverbot das Problem der Trinkgelage wirksam löse. Daher könne er dem Haupt- und Finanzausschuss nur abraten, eine ordnungsbehördliche Verordnung zur dieser Problematik zu beschließen. Darüber hinaus sei sie aus seiner Sicht nicht gerichtsfest. Er schlage daher vor, nach anderen Maßnahmen zu suchen und vorhandene Maßnahmen weiter auszunutzen um das leidige Thema weiter einzudämmen. Er macht deutlich, dass SIR hier bereits gute Arbeit geleistet habe. Darüber hinaus seien bauliche Maßnahmen umgesetzt worden, um das Problem zu reduzieren.

Herr Niehues informiert über Städte in NRW, die eine andere juristische Meinung zu dieser Thematik hätten. Dort seien bereits Alkoholverbote ausgesprochen worden. Seine Fraktion wolle ein solches Verbot heute noch nicht fordern. Es ginge vielmehr darum, eine öffentliche Diskussion anzustoßen und auf das Problem aufmerksam zu machen. Er schlägt vor, die Problematik vom Stadtteilbeirat Innenstadt, der seit einiger Zeit nicht mehr getagt habe, aufbereiten zu lassen. Für seine Fraktion stehe fest, dass von Seiten der Verwaltung etwas getan werden müsse. Der derzeitige Zustand schade der Stadthalle, dem City-Club-Hotel, dem Hotel Lücke sowie dem Image der Stadt Rheine.

Für die SPD-Fraktion stellt Herr Roscher fest, dass nicht der Konsum von Alkohol das Problem sei, sondern das Verhalten in Zusammenhang mit dem Alkohol. Bei einem Verbot, müsse es Kontrollen geben. Dieses Personal sei nicht verfügbar. Ein Alkoholverbot auf öffentlichen Straßen und Wegen in Rheine sei nicht zielführend.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen sowie die FDP Fraktion sprechen sie ebenfalls gegen ein Alkoholverbot aus.

Alle Fraktionen sind sich darüber einig, die Lage zu entspannen und den Betroffenen zu signalisieren, dass die Bereitschaft zu Abhilfe bestehe. Es besteht Einvernehmen darüber, dass sich die Betroffenen mit den gesellschaftlichen und politischen Gremien erneut zu Gesprächen treffen, um gemeinsam Lösungen zu dieser Problematik zu erarbeiten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

6. Pilotprojekt: Aufbau und Erweiterung eines Monitoringsystems für alle Teilbereiche des Stadtmarketing - Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: 380 / 09

01:12:05

Herr Dr. Janssen verweist auf die bisherigen Gespräche, die abgeschlossene Umlandbefragung sowie die unabhängige positive Stellungnahme von Junker & Kruse.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt Herr Grawe den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Er begründet den Antrag damit, dass der Beschluss finanzielle Auswirkungen hätte, der den künftigen Rat und Haupt- und Finanzausschuss betreffe. Daher solle auch der neue Rat bzw. Haupt- und Finanzausschuss zu dieser Thematik einen Beschluss fassen.

Herr Niehues macht deutlich, dass er den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht verstehe. Durch die mehrmonatige Diskussion müsse es allen Beteiligten klar geworden sein, wie dringlich und notwendig der Handlungsbedarf im Bereich des Stadtmarketing bestehe. Ein Vertagen dieses Themas halte er, bei aller Berechtigung der finanziellen Auswirkungen, für wenig sinnvoll. Herr Niehues bezeichnet die Lage der Stadt Rheine als sehr dramatisch. Diese Einschätzung bestätigten die Auswirkungen im Bereich Hertie, die bislang wenig konkreten Umsetzungen im Coesfeld/Münstertor sowie die deutlich zunehmenden Leerständen von Ladenlokalen in der Innenstadt. Die Sinnhaftigkeit einer Vertagung sei bei seiner Fraktion nicht gegeben.

Herr Niehues führt weiter aus, dass sich die CDU-Fraktion für den Monitoringvorschlag der EWG ausspreche. Die Art der Analyse liefere mehr Nachhaltigkeit und mehr Informationen, da die Systematik des Angebotes der EWG viel effektiver sei, als das vergleichbare Angebot der CIMA. Herr Niehues zitiert aus einer Stellungnahme von Junker & Kruse.

Für die CDU-Fraktion beantragt Herr Niehues den Beschlussvorschlag zu Punkt 2 wie folgt zu ergänzen:

02. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, im Haushalt 2010 **für die EWG** insgesamt 87.500 € für das Monitoring sowie für die Entwicklung einer integrierten Standort- und Stadtmarketingstrategie bereitzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Niehues, ob gegebenenfalls Mittel für das Jahr 2009 bereitgestellt werden müssen, führt Herr Dr. Janssen aus, dass im Falle anfallender Kosten für das Jahr 2009, es versucht werden solle, aus dem gegebenen Budget diese Aufwendungen zu erwirtschaften.

Herr Ortel lässt sodann über den Vertragsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
 16 Nein-Stimmen

Der Vertragsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Herr Ortel führt für seine Fraktion aus, dass der abgelehnte Vertragsantrag nicht überraschend sei. Innerhalb der Fraktionen seien kritische Stimmen zur Notwendigkeit dieser Datenerhebung geäußert worden. Zur Abstimmung werde sich seine Fraktion daher enthalten.

Die SPD-Fraktion sowie die FDP-Fraktion sprechen sich für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus.

Beschluss:

01. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Einführung eines auf die Haushaltsjahre 2010/2011 befristeten Monitorings für das Stadtmarketing zu.
02. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, im Haushalt 2010 für die EWG insgesamt 87.500 € für das Monitoring sowie für die Entwicklung einer integrierten Standort- und Stadtmarketingstrategie bereitzustellen.
03. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, den Finanzbedarf für das Stadtmarketing zu den bevorstehenden Haushaltsberatungen 2010 zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

**7. Berichtswesen 2009; Stichtag 31.05.2009
Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 378/09**

01:28:35

Herr Lütkeemeier erläutert die Vorlage. Darüber hinaus informiert er über die Problematik der Gewerbesteuerereinnahmen. Der Ansatz von rund 27,2 Mio Euro sei aufgrund von Anpassungen seiner Einschätzung nach nicht mehr zu erreichen und um rund 5,2 Mio Euro zu reduzieren.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen mit dem Stand der Daten vom 31.05.2009 zur Kenntnis.

8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

01:35:00

Herr Ortel informiert folgende Eingabe:

Antrag der Wohnungseigentumsverwaltung Egelweg 1, 48431 Rheine

Für die Wohnungseigentumsverwaltung Egelweg 1 bittet die N&U Wohnungseigentumsverwaltungen und Mietverwaltungen im Rahmen des Lärmaktionsplanes Rheine zu prüfen, ob für den Bereich Hovestraße/Egelsweg 1 folgende Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden können:

1. LKW-Verkehr
 - a. Reduzierung der Geschwindigkeit durch verstärkte Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei
 - b. Einschränkung des Durchgangs-LKW-Verkehrs, insbesondere nachts
2. Aufbringen von „Flüster-Asphalt“
3. Errichtung von Schallschutzwänden
4. Bezuschussung von Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrags zur Prüfung an die Verwaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss widerspricht dem Vorschlag nicht.

9. Einwohnerfragestunde

01:35:35

Es folgen keine Wortmeldungen.

10. Anfragen und Anregungen

01:35:47

Es folgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:41 Uhr

Rainer Ortel
2. Stellv. Vorsitzender

Michael Vogelsang
Schriftführer